

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/2a6

26. Oktober 1976

Die Malaise mit der Unentschlossenheit Kohls

Vorbemerkungen zur Ministerpräsidenten-Entscheidung in
Mainz

Von Herbert Barweitinger
Sprecher der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in
Rheinland-Pfalz

Seite 1 und 2 / 59 Zeilen

Außenpolitikthema Nr. 1: Entspannung und Friedens-
sicherung

Feststellungen zu Leonid Breschnjews Äußerungen vor dem
Moskauer ZK

Seite 3 / 42 Zeilen

Der humane Leistungsport in der Bewährung

Eindeutige Klarstellungen zum Doping-Problem

Von Prof. Dr. Manfred Steinbach
Mitglied des Sportbeirates beim SPD-Parteivorstand

Seite 4 und 5 / 72 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Der Kanzler, der Bischof und der § 218

Seite 6 und 7 / 58 Zeilen

Neue Rufnummer :

219a38/39

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Heizstraße 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 83
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Die Malaise mit der Unentschlossenheit Kohls

Vorbemerkungen zur Ministerpräsidenten-Entscheidung in Mainz

Von Herbert Bermeitinger

Sprecher der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz

Mit seiner unentschlossenen Haltung in der gewichtigen Frage, welche persönlichen Konsequenzen er aus der Tatsache zu ziehen habe, daß er bei der Bundestagswahl ausschließlich auf Sieg gesetzt, dann aber doch nur Platz erreicht hatte, kam auf den CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, ein denkbar schlechter Start zu. Mehr noch: Seine engsten Berater aus der Mainzer Arbeit der vergangenen Jahre, darunter Regierungssprecher Hans Schreiner und Sozialminister Heinrich Geißler, hatten gegenüber Journalisten offen die Auffassung geäußert, daß Kohl mit seiner Entscheidung für das Amt des Oppositionsführers in Bonn den entscheidenden Fehler seiner Polit-Karriere begangen habe.

Nun, sicher ist schon heute dieses: Daß in seiner Entscheidung wie immer unsichere Dr. Kohl hat nicht nur zur bundespolitischen Verwirrung in den Unions-Parteien beigetragen, sondern auch Unruhe in der eigenen rheinland-pfälzischen Landespartei hervorgerufen, vor allem auch im Zusammenhang mit der weitgehend notwendigen Umbesetzung des neuen Landeskabinetts. Daß Kohl sich zulange alle Türen offen halten wollte, daß er sich also nicht von vornherein konsequent für Bonn entschieden hat, zeigte sich darin, daß er und sein Landespartei-Vorsitzender, Kultusminister Dr. Bernhard Vogel, nichts in die Wege geleitet hatten, was auch nur entfernt auf wichtige, längst bekannte bundespolitische Termine Rücksicht genommen hätte, etwa auch auf die Wahl des rheinland-pfälzischen Regierungschefs zum Präsidenten des Bundesrates. Deshalb mußte schließlich Kohl auf so absurde Gedanken kommen, wie die Durchbrechung der Königsteiner Regeln für die Wahl des Bundesratspräsidenten, also den Tausch mit Dr. Gerhard Stoltenberg bzw. Schleswig-Holstein; und den anderen Bundesländern hat er schließlich den verfassungsmäßig nicht unbedenklichen Ausweg zugemutet, daß der Bundesrat zeitweilig überhaupt keinen Präsidenten hat, sondern nur Vizepräsidenten.

Kohl tut außerdem nichts für eine schnelle Lösung der Ministerpräsidenten-Neuwahl in Rheinland-Pfalz, obwohl er unter anderem auch wissen muß, daß

es verfassungsrechtlich ein unmöglicher Zustand ist, gleichzeitig Mitglied des Bundesrates und des Deutschen Bundestages zu sein (daß Kohl inzwischen auch Bundestagsdiäten zustehen, ist nicht wegen der finanziellen Seite bemerkenswert, sondern wegen der Tatsache, daß beispielsweise in Rheinland-Pfalz gewählte Abgeordnete erst nach dem ersten Zusammentreten Diäten erhalten. Als beispielsweise Anfang März 1975 ein neuer Landtag in Mainz gewählt wurde, der alte Landtag aber noch bis zum 18. Mai zu amtieren hatte, gab es für die neugewählten Abgeordneten Leistungen erst volle zwei Monate nach der Wahl!).

Am Mittwoch wird nun voraussichtlich in der CDU-Fraktion des Mainzer Landtages endgültig die Entscheidung fallen, wen die stärkste Fraktion im Landtag als neuen Ministerpräsidenten vorschlagen will: Kultusminister und CDU-Landesvorsitzender Dr. Bernhard Vogel oder Finanzminister Johann Wilhelm Gaddum. Da offensichtlich keiner der beiden Bewerber seine Kandidatur zurückziehen will, obwohl es Gespräche in dieser Richtung gegeben hat, dürfte es zu einer Kampfabstimmung in der Fraktion kommen, was wiederum die Geschlossenheit von Landespartei und Fraktion in Frage stellen dürfte. Wer in den letzten Wochen beobachtete, mit welcher harten Bandagen die rheinland-pfälzischen Christen von der Vogel- und der Gaddum-Truppe gegeneinander kämpften, kann sich schwer vorstellen, daß diese schweren Differenzen mit dem Tage der Fraktionsentscheidung beigelegt sein werden. Eine ganze Anzahl prominenter CDU-Persönlichkeiten hat beispielsweise bereits unmißverständlich zu erkennen gegeben, unter welchen künftigen Ministern und Staatssekretären sie nicht zu "dienen" bereit sind. Für den neuen Mainzer Regierungschef, wer immer dies sein wird, ist dies gewiß keine Starterleichterung, zumal es schwer sein wird, es immer wieder hinnehmen zu müssen, von der eigenen Partei und Fraktion immer wieder an Kohl gemessen zu werden, der in diesem Land Rheinland-Pfalz, wie der SPD-Landesvorsitzende Wilhelm Dröschner dies einmal sagte, eben doch ein "Baum unter Büschen" gewesen war.

(-/26.10.1976/va/pr/ae)

+ + +

Außenpolitikthema Nr. 1: Entspannung und Friedenssicherung

Feststellungen zu Leonid Breschnjews Äußerungen vor dem Moskauer ZK

Der KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnjew, dessen zweiter Besuch die Bundesrepublik voraussichtlich im Frühjahr 1977 zu erwarten haben wird, hat sich in einer politischen Rundumrede vor dem Zentralkomitee seiner Partei ausführlich auch mit dem Verhältnis zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland befaßt: ein Thema, dem in Moskau ebensoviel Bedeutung zugemessen wird wie in Bonn, weil es nicht nur das Problem zweiseitiger Kontakte, sondern auch die Problematik der west-östlichen Beziehungen überhaupt erfaßt. In diesem Großbereich hat die deutsch-sowjetische Normalisierung einschließlich Berlins einen außerordentlichen Stellenwert.

Breschnjew hat als Ergebnis der Bundestagswahl vom 3. Oktober festgestellt, daß die Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung für Frieden und Entspannung und für eine weitere Verbesserung der Beziehungen zur Bundesrepublik zu den sozialistischen Staaten sei. Diese Mehrheit erfaßt nicht nur die Mitglieder und Wähler der beiden Bonner Koalitionsparteien SPD und FDP, sondern gewiß auch beträchtliche Gruppierungen jedenfalls in der CDU und ihrer Sympathisanten, weil es als ausgeschlossen gelten kann, daß die im Wahlkampf in unverantwortlicher Weise aufgeputschten Ressentiments gegen die Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Bundesregierung tatsächlich Allgemeinut des christdemokratischen Bevölkerungsbereichs sein könnten.

Die auf normalisierende Entspannung und Friedenssicherung ausgerichtete Bonner Ost- und Deutschlandpolitik, die von Anfang so "ausgewogen" war und heute nach wie vor ist, wie sie der noch amtierende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Prof. Dr. Karl Carstens bei seinem jüngsten USA-Besuch plündernd für seine Seite originär in Anspruch nehmen wollte: Diese Ost-, Deutschland- und Berlin-Politik also wird weiter fester und richtungweisender Bestandteil der Aufgabenpalette der zweiten Schmidt-Genscher-Regierung sein und bleiben. Dabei werden nicht nur Lücken ausgefüllt werden, die bisher aus welchen Gründen auch immer noch offengeblieben waren; es werden außerdem bestimmte, in die Entspannung und in die Friedenssicherung weiterführende Komplexe entschleuniger und energischer angepackt und einer allgemein zu akzeptierenden Lösung nähergebracht werden, wie z.B. die bei der Wiener Abrüstungskonferenz zur Debatte stehenden Fragen, die zunehmend größere und breitere Bedeutung bekommen.

Breschnjews Erklärungen vor seinem Zentralkomitee finden in ihrer sachlichen Substanz Zustimmung in der Bundesrepublik. Nicht nur eines aktuellen Hinweises aus dem Auswärtigen Amt halber ist noch festzuhalten, daß für die Bundesregierung, für die sie stützende Koalition und für alle positiven Kräfte darüber hinaus die Berlin-Frage unverändert großgeschichtlich bleibt und in ihrer Handhabung durch Moskau und den gesamten übrigen Ostblock ein zentraler Wertungspegel für die unabdeutbare Ernsthaftigkeit des Sowjetischen und Willens nach normalisierender Entspannung und gleichzeitigem Frieden mit der Bundesrepublik und dem gesamten Westen gelten muß.

(ee/26. 10. 1976/vs/pr/-s)

+ + +

Der humane Leistungssport in der Bewährung

Eindeutige Klarstellungen zum Doping-Problem

Von Prof. Dr. Manfred Steinbach
Mitglied des Sportbeirates beim SPD-Parteivorstand

Humane Leistungssport, wie ihn die Sozialdemokraten verstehen, hat seine Grundlagen im deutschen Arbeitersport und dem Godesberger Programm und findet seine Ausgestaltung in den "Sportpolitischen Leitsätzen", dem Kommunalpolitischen Grundsatzprogramm, dem "Orientierungsrahmen '85" und dem sozialdemokratischen Regierungsprogramm von Bundeskanzler Helmut Schmidt für die Jahre 1976/80. Diese beispiellose programmatische Geschlossenheit und der starke Rückhalt, den die SPD innerhalb des Sports hat - wie dies in Wählerinitiativen und ähnlichen Bürgeraktionen immer wieder zum Ausdruck kommt - befähigt die deutsche Sozialdemokratie wie keine andere politische Partei in Deutschland zu einem sportpolitischen Führungsanspruch in Bund, Ländern und Gemeinden. Dazu gehört auch die Abwehr deutsch-nationaler Überlegenheits-Tendenzen im Sport.

Leistungs- und Spitzensport, für den sich die SPD in der Neufassung ihren 1974er Leitsätze nach intensiven Diskussion erneut ausgesprochen hat, ist in vieler Hinsicht zugleich problematisch. Daher fällt das Bekenntnis der SPD auch differenziert aus. Spitzenleistung nicht um jeden Preis, so kann man diese Haltung schlicht verdeutlichen. Leistungssport muß sich nun einmal immer wieder in Frage stellen lassen, den ständig mehrend erhobenen Zeigefinger dulden und sich gerade in letzter Zeit den verstärkten Hinweis auf seine "humane Gestaltung" hinnehmen. Hinter der Forderung nach humaner Gestaltung, die sich im wesentlichen auf das Ergehen des Individuums bezieht, verbirgt sich natürlich auch Zeitgeist und Modisches.

Zur Definition jener geforderten humanen Gestaltung ist zunächst der Sport in seiner eigenverantwortlichen Trägerschaft aufgerufen, nicht zuletzt um Grenzen zu ziehen, die ihn weiterhin hinreichend unanfechtbar machen können. Aber auch die Öffentlichkeit, Parteien, Organisationen, Institutionen, Persönlichkeiten und die Medien sind bei dieser Grenzziehung beteiligt. Vor

diesem Hintergrund muß das "Ja - aber" der SPD-Leitsätze zum Spitzensport gesehen werden, zumal aus Mitfinanzierung auch Mitverantwortung erwächst.

Im Bemühen um humane Gestaltung des Leistungssports ist eine Schlacht bereits weitgehend gewonnen, nämlich die gegen das Doping, soweit die international geächteten Listenpräparate gemeint sind. Klare Aussagen und strenge Kontrollen sorgen hier für die Ordnung, lediglich im Falle der sogenannten Kraftpillen zieht eine halbherzige Haltung eine undurchsichtige Praxis hinter sich her. Es ist der partnerschaftlichen Rolle des Sports der Bundesrepublik Deutschland wenig hilfreich, wenn unter Verkenning der internationalen Gegebenheiten etwa das Internationale Olympische Komitee von führenden deutschen Sportfunktionären massiv getadelt statt konstruktiv unterstützt wird.

München 1972 waren nach den erfolgsversprechenden Ansätzen 1968 die ersten Olympischen Spiele, wo man mit systematischen Dopingkontrollen um "medizinische Sauberkeit" bemüht war. Offen und im Gang befindlich ist die Diskussion um die Frage medikamentöser - vor allem unphysiologischer Anwendungen durch Spritzen, Infusionen, Transfusionen usw., die nicht auf der Dopingliste stehen, möglicherweise sogar nicht einmal schaden, evtl. auch nicht nutzen, mit denen aber zweifellos eine weitere Dimension ungebremster Leistungs eskalation bei nicht zu leugnender Dopingmentalität eröffnet wird, die zudem den behütenden Arzt in die ungewohnte Rolle des peace-Machers zieht. Grenzziehungen, die auch hier vom Zeitgeist diktiert werden, sind hier unerlässlich, denn nichts ist riskanter als Freilauf. Humane Positionen stehen irgendwo in diesen Grauzonen zur Disposition.

Das heutige Trainingsmaß gefährdet die Gesundheit der Leistungssportler vor allem in Gestalt der Schäden am Halte- und Bewegungsapparat, und dies besonders dort, wo schon eine frühzeitige Spezialisierung mit beinahe noch kindlichen Weltrekordlern eingrissen ist. Hier hat uns der Zeitgeist bereits das Tolerieren geschädigter Achillessehnen und Menisken diktiert, wir alle akzeptieren das Risiko, leben mit ihm und trachten nur danach, es möglichst gering zu halten. Vielfach wird im Zusammenhang mit heutigen Trainingsanforderungen von menschenunwürdigen und inhumanen Belastungen gesprochen. Das Maß der Belastung aber darf nicht ohne Zusammenhang mit Motiv und Ziel als absoluter Wert gesehen werden. Es wird in der Regel nicht erlitten, sondern bejaht und positiv erlebt und bei Freiheit der Individuen durchaus der humanen Maxime gerecht. Allerdings setzt dies weitgehende Freiheit der Entscheidung voraus von Rollenzwängen, sozialen Abhängigkeiten und persönlicher Unreife oder Verführung eingeengt sein kann, was letztlich nur durch soziale Sicherheiten und intensive wie ehrliche Aufklärung aufzufangen ist.

Soziale und ökonomische Unabhängigkeit ist auch im Leistungssport die Voraussetzung für Freiheit, wobei diese Unabhängigkeit nicht nur im Verlustausgleich entgangener Verdienst- und Ausbildungsmöglichkeiten besteht, sondern durch die berufliche Unterlegung leistungssportlicher Karrieren zu geschehen hat.
(-/26.10.1976/va/or/ee)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Der Kanzler, der Bischof und der § 218

Der Bundeskanzler und stellv. SPD-Vorsitzende Helmut Schmidt hat an den Bischof von Münster, Heinrich Tenhumberg, folgendes Schreiben gerichtet:

"Sehr geehrter Herr Bischof, lieber Herr Tenhumberg, kürzlich sind mir Berichte über Ihre Predigt zur Eucharistiefeyer der Schützenbruderschaften in Münster am 19. September 1976 vorgelegt worden. In dieser Predigt haben Sie sich im Hinblick auf die Auseinandersetzungen um die Reform des § 218 StGB kritisch mit einer Äußerung von mir auseinandergesetzt und an mich appelliert, dafür zu sorgen, daß jede Art politischen Gewissensdrucks, jede Art einer diesbezüglichen Meinungspropaganda auf unsere Ärzte, unsere Krankenschwestern, auf alle Krankenhäuser und ihre Träger unterbleibt.

Mir liegt bei der Diskussion um die Reform des § 218 StGB - wie auch bei anderen grundsätzlichen Fragen - viel daran, daß trotz gewisser Gegensätzlichkeit der Standpunkte Gemeinsames nicht unausgesprochen bleibt. Ich ergreife deshalb die Gelegenheit, Ihnen darin zuzustimmen, daß die Gewissensfreiheit des Einzelnen, wie sie durch Art. 2 des 5. Gesetzes zur Reform des Strafrechts ausdrücklich gewährleistet wird, unangetastet bleiben muß. Ich halte diese gesetzliche Regelung für eine grundlegende Bestimmung im Rahmen der Gesamtreform zur Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs. Gerade im Interesse der individuellen Gewissensfreiheit wende ich mich jedoch gegen kollektive Beschlüsse, durch die dem einzelnen Arzt oder der einzelnen Krankenschwester eine Entscheidung vorgegeben werden soll. Richard von Weizsäcker hat in diesem Zusammenhang ausgeführt, die Gewissensentscheidung gebühre dem Einzelnen und nicht dem politischen Gremium. Dem kann ich nur zustimmen. Ich würde es begrüßen, wenn eine Reglementierung des Gewissens, die der Gesetzgeber aus guten Gründen unterläßt hat, nicht nun unter anderen Vorzeichen durch sonstige politische Gremien herbeigeführt würde.

Zu den Gründen und Auswirkungen der Gesetze im Zusammenhang mit der Reform des § 218 StGB möchte ich Ihre Ausführungen zum Schutz des Lebens auf-

greifen. Sie wissen - wie ich -, daß die Bundesregierung nicht nur von der Schutzbedürftigkeit des ungeborenen Lebens überzeugt ist, sondern dieser Überzeugung auch nachhaltig Ausdruck verliehen hat. Es ging bei der Reform des § 218 StGB nicht darum, Lebensschutz einzuschränken, sondern darum, eine zum Schutze des ungeborenen Lebens nicht taugliche Bestimmung durch eine effektivere Regelung zu ersetzen, die zugleich der Konfliktlage der Frau angemessene Rechnung trägt.

Ich will hier nicht alle diese Erwägungen wiederholen und auch nicht mehr im einzelnen auf das Strafrechtsreformergänzungsgesetz eingehen, das es der Schwangeren durch seine Hilfen leichter machen soll, ihr ungeborenes Kind zu bejahen. Auch wer die Auffassung der Bundesregierung zu diesen Fragen nicht zu teilen vermag, wird ihr gewiß nicht das Bemühen um eine gerechtere und - auch im Interesse des Lebensschutzes - angemessenere Regelung absprechen können. Ich trete nicht dafür ein, daß die Kontroversen im einzelnen nun noch weiter vertieft werden sollten.

Nach der eingehenden Diskussion haben die gesetzgebenden Körperschaften des Bundes unter Berücksichtigung aller Aspekte der Problematik eine gesetzliche Regelung geschaffen. Es entspricht unserer verfassungsmäßigen Ordnung, daß diese Gesetze nunmehr respektiert und bei den in diesem Zusammenhang weiter zu bewältigenden Aufgaben zugrundegelegt werden.

Bei der nun anstehenden praktischen Anwendung und Ausführung der Reformgesetze sollte - so meine ich - nicht im Vordergrund stehen eine Fortsetzung der vor Schaffung des Gesetzes geführten Diskussion, sondern das ganz konkrete Bemühen um die Rechtsgüter Leben, Gesundheit und Gewissensfreiheit.

Mit freundlichen Grüßen! Helmut Schmidt, Bundeskanzler"

(-/26.10.1976/vd/pr/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller